

Ressort: Politik

NRW-Flüchtlingsminister will kriminelle Minderjährige abschieben

Düsseldorf, 05.01.2018, 00:00 Uhr

GDN - Der stellvertretende Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Joachim Stamp (FDP), hat sich für die Abschiebung von kriminellen minderjährigen Asylbewerbern ausgesprochen. Wichtiger als die laufende Debatte über eine verpflichtende Altersfeststellung von Flüchtlingen sei "die grundsätzliche Einsicht, dass wir auch Minderjährige, die sich hier kriminell verhalten, abschieben müssen - allerdings nur in Begleitung und wenn wir ihre Familien vor Ort identifizieren können", sagte Stamp der "Welt" (Freitagsausgabe).

"Es kann keinen Automatismus geben, dass die Altersgruppe unter 18 auf jeden Fall immer in Deutschland bleiben kann. Das führt nämlich dazu, dass dann gerade Kinder auf die Reise geschickt werden, was humanitär nicht vertretbar ist." Stamp ist seit Ende Juni 2017 Landesminister für Flüchtlinge und Integration. Der Landesvorsitzende der FDP in Nordrhein-Westfalen verlangte aber auch Verbesserungen bei der Altersfeststellung. Er sei mit dem derzeitigen Verfahren nicht zufrieden, sagte Stamp. "Deshalb schlage ich vor, dass eine Expertenkommission unter Federführung des Bundesgesundheitsministeriums so schnell wie möglich bundeseinheitliche Qualitätsstandards formuliert. Wenn wir zur Tuberkuloseprävention röntgen dürfen, warum soll das mit dem Handknochen eines jungen Mannes, an dessen Alter es Zweifel gibt, nicht möglich sein?" Effiziente Abschiebungen seien die Voraussetzung dafür, bei geregelter Migration großzügiger sein zu können, sagte Stamp. Das müssten "linke Politiker und auch Flüchtlingsorganisationen endlich einmal akzeptieren". Der Liberale verwies darauf, dass Nordrhein-Westfalen 2017 neben Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland war, dass die Zahl der Rückführungen ausreisepflichtiger Asylbewerber steigern konnte. Nach den Zahlen seines Ministeriums wurden 2016 noch 5.121 Männer und Frauen abgeschoben. 2017 waren es bis Ende November bereits 5.828. Die Zahlen für das gesamte Jahr liegen noch nicht abschließend vor, dürften nach Stamps Einschätzung aber über 6.000 liegen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) habe mehr Entscheidungen getroffen, so Stamp. "Diese Entscheidungen haben wir sehr konsequent mit Abschiebungen umgesetzt." Der Minister zeigte sich optimistisch, dass eine parteiübergreifende Einigung auf ein neues Einwanderungsrecht gelingen kann. Es helfe nichts, "dass wir bei jedem Einzelfall, bei dem ein Flüchtling einen Raub oder Mord begeht, wieder eine Empörungswelle erleben, aber sich im Grundsatz nichts ändert. Das verunsichert unsere Gesellschaft und schadet der Akzeptanz der Flüchtlinge, die unsere Hilfe tatsächlich brauchen", sagte Stamp. Er glaube, "dass es mittlerweile in allen Parteien die Einsicht gibt, dass es ein systematisches Regelwerk für Einwanderung und Flüchtlingspolitik braucht. Anders werden wir die gesellschaftliche Debatte nicht dauerhaft befrieden können", so der FDP-Politiker. Wichtig sei allerdings, "dass sich alle von radikalen Abschottungsforderungen einerseits und naiver Offenheit andererseits verabschieden." Es brauche vernünftige Lösungen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-100152/nrw-fluechtlingsminister-will-kriminelle-minderjaehrige-abschieben.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com